



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Parlament

# Langfristige Budgetprognosen: Methoden, Nutzen, Aussagekraft

Budgetdienst

17. März 2017

# INHALT

1. Einleitende Bemerkungen zu Prognosen in der Ökonomie
  - Begriffsdefinitionen
  - Bedeutung von Wirtschafts- und Budgetprognosen
  - Prognoseunsicherheit
2. Langfristige Budgetprognosen
  - Ziel und Gegenstand
  - Nationale und internationale Beispiele
  - Methodische Vorgehensweise
3. Langfristige Budgetprognose des BMF
  - Gesetzliche Grundlage und Behandlung im Nationalrat
  - Demografische und makroökonomische Rahmenbedingungen
  - Entwicklung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben
  - Hauptergebnisse
  - Sensitivitätsanalysen
4. Nutzen und Aussagekraft von langfristigen Budgetprognosen



# **EINLEITENDE BEMERKUNGEN ZU PROGNOSEN IN DER ÖKONOMIE**



# BEGRIFFSDEFINITIONEN I

- Prognose: Quantitative Aussage über die noch nicht feststehende Veränderung einer (oder mehrerer) Variablen in einem spezifizierten Zeitraum, die aus Erfahrungswissen mit Hilfe geeigneter Methoden abgeleitet wurde.
- Kurz-, mittel- und langfristige Prognosen:
  - Kurzfristig: Prognosehorizont 1-2 Jahre, z.B. Quartalsprognosen von WIFO und IHS
  - Mittelfristig: Prognosehorizont etwa 5 Jahre, z.B. Mittelfristprognosen von WIFO und IHS, Beschäftigungsprognose des WIFO
  - Langfristig: Prognosehorizont ab 10 Jahren, z.B. Langfristige Budgetprognose des BMF, Bevölkerungsprognose von Statistik Austria
- Konjunkturprognosen: Prognose über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung, wesentliche Zielvariablen sind das BIP und seine Komponenten, die Inflation, die Arbeitslosenquote und das öffentliche Defizit



# BEGRIFFSDEFINITIONEN II

## Hauptergebnisse WIFO Prognose vom Dezember 2016

Übersicht I: Hauptergebnisse der Prognose

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	
Herstellung von Waren	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,3	
Handel	- 2,1	+ 2,0	+ 0,6	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,0	
Private Konsumausgaben <sup>1)</sup> , real	- 0,1	- 0,3	- 0,0	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,1	
Dauerhafte Konsumgüter	- 3,0	+ 0,1	- 0,6	+ 3,2	+ 2,0	+ 1,0	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 2,2	- 0,9	+ 0,7	+ 3,7	+ 2,6	+ 2,0	
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	+ 2,4	- 1,0	+ 3,6	+ 7,0	+ 3,5	+ 2,5	
Bauten	- 0,9	- 0,1	- 1,2	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	
Exporte, real	+ 0,5	+ 2,3	+ 3,6	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,1	
Warenexporte	- 0,7	+ 2,2	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,5	
Importe, real	+ 0,7	+ 1,3	+ 3,4	+ 3,7	+ 2,8	+ 2,9	
Warenimporte	- 2,0	+ 0,8	+ 4,2	+ 4,5	+ 3,0	+ 3,2	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,0	
	Mrd. €	322,54	330,42	339,90	350,22	360,30	371,06
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	2,0	2,4	1,8	2,4	2,3	2,3
Verbraucherpreise		+ 2,0	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,7
Dreimonatszinssatz	in %	0,2	0,2	- 0,0	- 0,3	- 0,3	0,1
Sekundärmarktrendite <sup>3)</sup>	in %	2,0	1,5	0,7	0,4	0,6	1,0
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 1,4	- 2,7	- 1,0	- 1,6	- 1,5	- 1,1
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>4)</sup>		+ 0,6	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,0
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) <sup>5)</sup>		5,4	5,6	5,7	6,1	6,2	6,2
In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>6)</sup>		7,6	8,4	9,1	9,1	9,3	9,5



# BEGRIFFSDEFINITIONEN III

- Budgetprognosen: Prognose über die Entwicklung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben und der Defizit- und Schuldenentwicklung
  - Konjunkturprognosen bilden eine wesentliche Grundlage, v.a. für die Entwicklung der Steuereinnahmen und der Sozialausgaben
  - Kurz- und mittelfristige Budgetprognosen werden unter anderem vom BMF, WIFO, IHS, OeNB und Fiskalrat erstellt
  - Langfristige Budgetprognosen für Österreich werden vom BMF (in Zusammenarbeit mit dem WIFO) und der EK erstellt
- Bevölkerungsprognosen
  - Statistik Austria erstellt regelmäßig Prognosen über die zukünftige Bevölkerungsentwicklung (Zahl und Struktur)
  - Zentral sind die Annahmen bezüglich der Entwicklung von Geburten, Sterbefällen und Wanderungsbewegungen
- Erwerbsprognosen: Aufbauend auf eine Bevölkerungsprognose wird die künftige Entwicklung von Erwerbspersonen geschätzt



# BEGRIFFSDEFINITIONEN IV

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) bildet den Rahmen für Konjunktur- und Budgetprognosen

- Das System der VGR ist ein geschlossenes Kontensystem, in dem wesentliche makroökonomische Größen ausgewiesen werden (z.B. BIP, verfügbares Einkommen der Haushalte, privater Konsum, Investitionen, Finanzierungssaldo des Staates).
- Das VGR-System ist durch das *System of National Accounts* international vereinheitlicht. Für EU-Mitgliedstaaten ist das daran angelehnte ESVG 2010 anzuwenden.
- Der **Sektor Staat** umfasst in der VGR alle Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht in der Lage sind, mindestens 50 % ihrer Kosten durch Verkäufe zu decken und die deshalb als Nichtmarktproduzenten gelten. Der Sektor Staat gliedert sich in vier Teilsektoren:
  1. Bund (Zentralstaat)
  2. Länder
  3. Gemeinden
  4. Sozialversicherung



# BEDEUTUNG VON WIRTSCHAFTS- UND BUDGETPROGNOSEN

Bedarf nach Wirtschafts- und Budgetprognosen ist hoch

- Politik
  - Kurz- und mittelfristige Konjunkturprognosen sind eine wesentliche Grundlage für die Budgeterstellung bzw. für die mittelfristige Haushaltsplanung (Finanzrahmen)
  - Ausrichtung der Wirtschaftspolitik orientiert sich auch nach der erwarteten Konjunktorentwicklung
- Unternehmen orientieren sich bei Investitions- und Produktionsplanung an Wirtschaftsprognosen
- Tarifparteien berücksichtigen Wirtschaftsprognosen bei den Lohnverhandlungen
- Nationalbanken: Prognosen sind ein wesentliche Grundlage für geldpolitische Entscheidungen
- Medienberichterstattung über neue Wirtschaftsprognosen ist üblicherweise sehr ausführlich





# PROGNOSEUNSIKERHEIT I

„Prognosen sind äußerst schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen.“

Mark Twain

Wesentliche **Ursachen** für Unsicherheit von Wirtschaftsprognosen

- Nicht vorhersehbare Ereignisse
  - Ökonomische Schocks (z.B. Finanzkrisen, unerwartete Preisschocks)
  - Politische Ereignisse (z.B. Brexit, Regierungswechsel)
  - Naturkatastrophen, Terroranschläge,...
- Selbsterfüllende Prophezeiung
  - Politik reagiert auf Konjunkturprognosen (z.B. Konjunkturpaket)
  - Auch Unternehmen (z.B. Investitionsentscheidung) und Konsumenten reagieren auf Wirtschaftsprognosen
- Datenrevisionen: VGR Daten werden häufig auch im Nachhinein revidiert
- *No policy change* Annahme
- Realität ist komplexer als ökonomische Modelle es sein können



# PROGNOSEUNSIKERHEIT II

## Umgang mit Prognoseunsicherheit

- Wesentlicher als der absolute Fehler einer Prognose ist der Informationsgewinn gegenüber naiven Verfahren
- Bei der Interpretation der Ergebnisse ist diese Unsicherheit miteinzubeziehen. Sensitivitätsanalysen (Prognoserisiken) erhöhen das Verständnis der Prognose.
- Genauigkeit der Prognose ist zeitabhängig, je länger der Prognosehorizont desto höher die Unsicherheit
- Interessanter als die absoluten Werte sind in der Regel die erwartete Richtung der Entwicklung (Verbesserung vs. Verschlechterung der Konjunktur/Arbeitsmarktlage/...) und die Begründungen für diese Einschätzungen

Es ist leicht im Nachhinein Prognosen für ihre Unschärfe zu kritisieren, wesentlich schwieriger ist es allerdings bessere Alternativen anzubieten.



# LANGFRISTIGE BUDGETPROGNOSEN



# ZIEL UND GEGENSTAND LANGFRISTIGER BUDGETPROGNOSEN

## Gegenstand

- Langfristige Projektion der staatlichen Einnahmen und Ausgaben unter Berücksichtigung der erwarteten demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung
- Hauptzielgrößen
  - Defizit- und Schuldenentwicklung des Staates
  - Entwicklung demografieabhängiger Ausgaben (z.B. Pensionen, Pflege)

## Ziel

- Absehbare Auswirkungen der demografischen Alterung und die daraus resultierenden Risiken für die öffentlichen Finanzen quantitativ darzustellen
- Zentrale Frage ist, ob bei einer Beibehaltung der bisherigen Politik das daraus resultierende Anspruchsniveau an den Staat auch in Zukunft erfüllt werden kann
- Frühwarnsystem für die Politik



# LANGFRISTPROGNOSEN FÜR ÖSTERREICH

## Langfristige Budgetprognosen für Österreich

- Langfristige Budgetprognose des BMF (mehr dazu später)
- Ageing Report der Europäischen Kommission (EK)
- Langfristgutachten der Alterssicherungskommission: neues Alterssicherungskommissions-Gesetz, jedes dritte Jahr (erstmalig 2017) Prognose bis 2050 für gesetzliche PV und Pensionen der BeamtInnen
- Studie des Fiskalrats zu den Langfristeffekten der Flüchtlingszuwanderung 2015 bis 2019 nach Österreich (Prognose bis 2060)

## Prognosen zur langfristigen Erwerbs- und Bevölkerungsentwicklung

- Bevölkerungsprognose von Statistik Austria (wichtiger Input für bereits genannte Langfristprognosen)
- Erwerbsprognose von WIFO/IHS bzw. EK (wichtiger Input für bereits genannte Langfristprognosen)



# INTERNATIONALE BEISPIELE

- OECD-Umfrage aus 2014: etwa 2/3 der Länder führen langfristige Budgetprognosen durch
- Die EK führt im Rahmen des *Ageing Reports* alle drei Jahre (zuletzt 2015) langfristige Budgetprojektion für alle EU-Mitgliedsländer durch
- In Deutschland wird alle drei Jahre der „Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen“ veröffentlicht
- Das *Congressional Budget Office* (USA) veröffentlicht jährlich einen *Long Term Budget Outlook* (Prognosehorizont 30 Jahre)
- Das *Centraal Planbureau* (Niederlande) führt regelmäßig langfristige Budgetprojektionen durch
  - Vor den Parlamentswahlen auf Grundlage einer unveränderten Politik
  - Bei der Analyse der Wahlprogramme
  - Bei der Analyse des Koalitionsabkommens



# METHODISCHE VORGEHENSWEISE I

Erforderlich ist ein Modelrahmen, der demografische, makroökonomische und budgetäre Aspekte zusammenführt . Die wesentlichen Zutaten für eine langfristige Budgetprognose sind daher:

- Makroökonomisches Modell
  - Wirtschaftswachstum wird anhand einer Produktionsfunktion mit Arbeit, Kapital und technologischem Fortschritt als Input ermittelt
  - Interaktion mit staatlichen Einnahmen und Ausgaben
- Bevölkerungsprognose
  - Maßgeblich für das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern
- Erwerbsprognose
  - Wirkt sich auf die wirtschaftliche Entwicklung aus
  - Auswirkung auf Einnahmen und Pensionsausgaben
- Plausible Fortschreibung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben



# METHODISCHE VORGEHENSWEISE II

Um Projektionen über einen derart langen Zeitraum durchführen zu können, ist es erforderlich eine Vielzahl an **Annahmen** zu treffen:

- *No policy change* Annahme
- Lebenserwartung und Gesundheitszustand im Alter
- Entwicklung Pensionsantrittsalter
- Erwerbsbeteiligung
- Migrationsentwicklung
- Entwicklung Produktivität
- .....

Anhand von Sensitivitätsanalysen werden die Ergebnisse für abweichende Annahmen dargestellt





# LANGFRISTIGE BUDGETPROGNOSE DES BMF



# GESETZLICHE GRUNDLAGE DES BMF-BERICHTS UND BEHANDLUNG IM NATIONALRAT

## Gesetzliche Grundlage

- Der §15 (2) BHG sieht vor, dass in jedem dritten Finanzjahr eine „hinreichend begründete, nachvollziehbare Langfristige Budgetprognose für einen Zeitraum von mindestens 30 Finanzjahren“ zu erstellen ist.
- Diese ist zusammen mit dem Strategiebericht und dem Entwurf des Bundesfinanzrahmengesetzes bis spätestens 30. April dem Nationalrat zu übermitteln.

## Behandlung im Nationalrat

- Die Langfristige Budgetprognose wurde im Vorjahr am 26. April dem Nationalrat vorgelegt, die Behandlung im Budgetausschuss erfolgte bereits am 4. Mai.
- Zudem wurde der Bericht gemeinsam mit dem Entwurf zum Bundesfinanzrahmengesetz behandelt, die Debatte wurde daher von der kurz- und mittelfristigen Entwicklung geprägt.
- Einzelne Ergebnisse fanden jedoch Eingang in die Debatte, der Leiter des Budgetdienstes wurde auch zur Prognose befragt.



# DEMOGRAFIE

Grundlage ist die Hauptvariante der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria aus dem Jahr 2015

	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
<b>Personen (in Mio.)</b>										
Unter 20 Jahre	1,7	1,7	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8
20-64 Jahre	5,3	5,5	5,5	5,3	5,2	5,2	5,2	5,2	5,1	5,1
65 und mehr Jahre	1,6	1,7	1,9	2,2	2,4	2,5	2,6	2,7	2,7	2,8
<b>Gesamt</b>	<b>8,6</b>	<b>8,9</b>	<b>9,2</b>	<b>9,3</b>	<b>9,4</b>	<b>9,5</b>	<b>9,6</b>	<b>9,6</b>	<b>9,7</b>	<b>9,7</b>
<b>Personen (in % der Gesamtbevölkerung)</b>										
Unter 20 Jahre	19,6	19,2	19,3	19,3	19,2	19,0	18,7	18,5	18,5	18,6
20-64 Jahre	61,9	61,5	59,7	57,3	55,3	54,4	54,1	53,6	53,1	52,6
65 und mehr Jahre	18,5	19,3	21,0	23,4	25,5	26,6	27,2	27,9	28,4	28,8
<b>Belastungsquote<sup>1)</sup></b>	<b>61,6</b>	<b>62,7</b>	<b>67,5</b>	<b>74,6</b>	<b>80,9</b>	<b>83,7</b>	<b>84,8</b>	<b>86,7</b>	<b>88,4</b>	<b>90,1</b>

<sup>1)</sup> Belastungsquote = (Personen unter 20 + Personen über 65) / Personen zwischen 20 und 64



# MAKROÖKONOMISCHE RAHMENBEDINGUNGEN I

Die Entwicklung des BIP wird auf Basis einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion ermittelt. Entscheidend sind im Wesentlichen drei Faktoren:

- Arbeitsangebot: Aufbauend auf die Bevölkerungsprognose von Statistik Austria kommen zwei Erwerbsprognosen zur Anwendung.
  - Variante 1: Erwerbsprognose von WIFO und IHS
  - Variante 2: Erwerbsprognose der EK

Variante 1 ist optimistischer, der Unterschied ist im Wesentlichen auf einen stärkeren positiven Zusammenhang von Bildungsbeteiligung und Erwerbstätigkeit zurückzuführen.

- Kapitalausstattung: Die Entwicklung des Kapitalstocks ergibt sich aus der Annahme, dass die Kapitalquote langfristig konstant gehalten wird.
- Technologischer Fortschritt: Unsicherheit über zukünftige Entwicklung hoch.



# MAKROÖKONOMISCHE RAHMENBEDINGUNGEN II

## Wirtschaftliche Entwicklung bis 2060

<i>in %</i>	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
<b>Variante 1 und 2</b>										
MFP <sup>***</sup> -Wachstum	0,2	0,5	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Inflation	0,9	1,8	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Arbeitslosenquote (nationaler Definition)	9,1	10	9,0	7,9	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0
<b>Variante 1</b>										
reales Wirtschaftswachstum	0,9	1,5	1,5	1,7	1,6	1,4	1,3	1,3	1,3	1,4
Erwerbsquote Männer (15-64)	80,1	80,5	80,8	81,6	82,5	82,8	82,5	82,5	82,5	82,7
Erwerbsquote Frauen (15-64)	68,3	69,2	70,2	72,6	74,8	75,7	75,4	75,4	75,4	75,6
Erwerbsquote gesamt	74,2	74,9	75,5	77,1	78,7	79,2	79,0	79,0	79,0	79,2
<b>Variante 2</b>										
reales Wirtschaftswachstum	0,9	1,5	1,2	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3	1,3	1,4
Erwerbsquote Männer (15-64)	80,1	80,3	79,4	79,1	79,4	79,4	79,1	79,0	78,9	79,0
Erwerbsquote Frauen (15-64)	68,3	69,1	69,6	70,5	71,8	72,3	72,1	71,9	71,8	72,0
Erwerbsquote gesamt	74,2	74,8	74,5	74,9	75,7	75,9	75,7	75,5	75,4	75,6



# STAATLICHE EINNAHMEN

Die Einnahmementwicklung hängt stark mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammen.

- Sozialversicherungsbeiträge: Annahme konstante Sätze (geltende Rechtslage), maßgeblich für Entwicklung sind die Lohnsumme, die Selbständigeneinkommen und die Pensionseinkommen
- Direkte Steuern (v.a. Lohn- und Einkommensteuer, Köst., Kest.): Maßgeblich sind bei Lohn- und Einkommensteuer dieselben Größen wie bei den SV-Beiträgen, zusätzlich Entwicklung Nettobetriebsüberschuss und nominelles BIP
- Indirekte Steuern (z.B. Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer): Mit nominellem BIP fortgeschrieben
- Vermögenseinkommen und sonstige Einnahmen: Mit nominellem BIP fortgeschrieben

Der Anteil der staatlichen Einnahmen am BIP bleibt im Prognosezeitraum weitgehend gleich (knapp unter 50 %).



# STAATLICHE AUSGABEN I

## Demografieabhängige Ausgaben

- Pensionen
  - Gesetzliche Pensionsversicherung
  - Pensionen des öffentlichen Sektors
- Gesundheit
  - Demografische Faktoren
  - Nicht-demografische Faktoren
- Pflege
- Familienbezogene Leistungen
- Arbeitslosenunterstützung
- Bildungsausgaben



# STAATLICHE AUSGABEN II

## Pensionen

Relevant für die Entwicklung der Pensionsausgaben sind

- Pensionshöhe der Neuzugänge
  - Steigendes effektives Pensionsantrittsalter und damit einhergehende Reduktion von Abschlägen führen zu höherer Pensionshöhe
  - Ausweitung des Durchrechnungszeitraums wirkt hingegen dämpfend
- Pensionshöhe im Bestand
  - Wird auch durch die in der Vergangenheit realisierten Neupensionen bestimmt
  - Durchschnittliche Bezugsdauer steigt von 16,4 Jahren (2014) auf 22,3 Jahre (Variante 1) bzw. 22,9 Jahre (Variante 2) an
- Entwicklung der Zu- und Abgänge und somit der Zahl der PensionsbezieherInnen (Mengenkomponente)

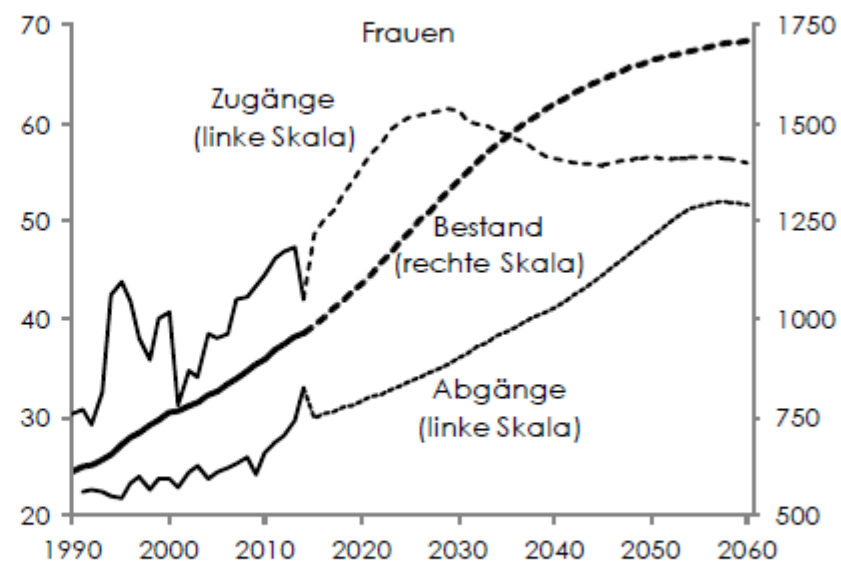
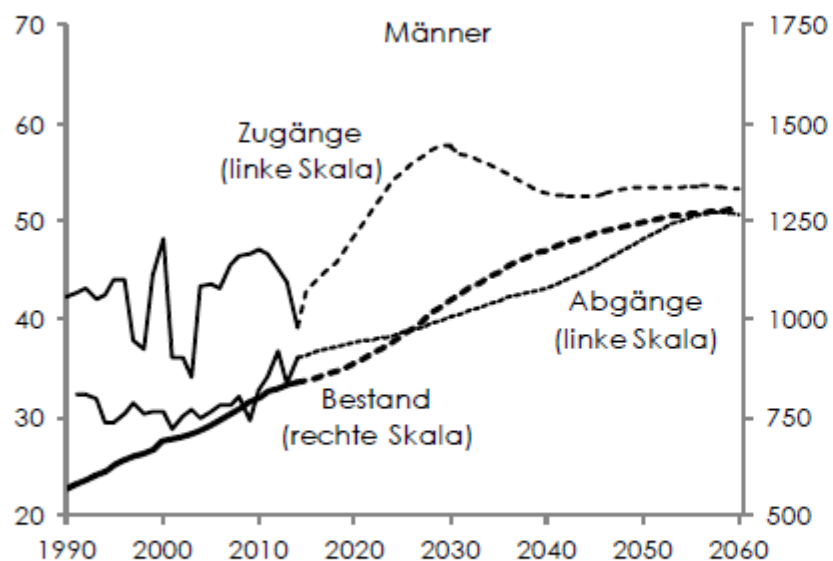




# STAATSAUSGABEN III

Eigenpensionen: Zugänge, Abgänge und Bestand in der gesetzlichen PV

In 1.000

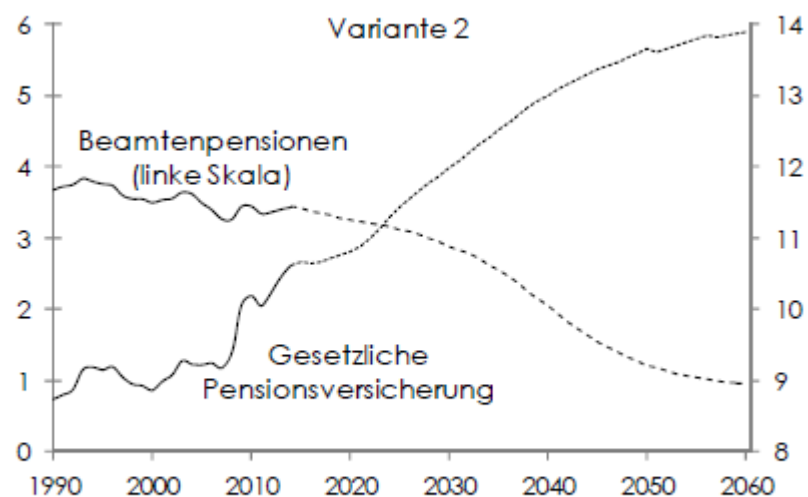
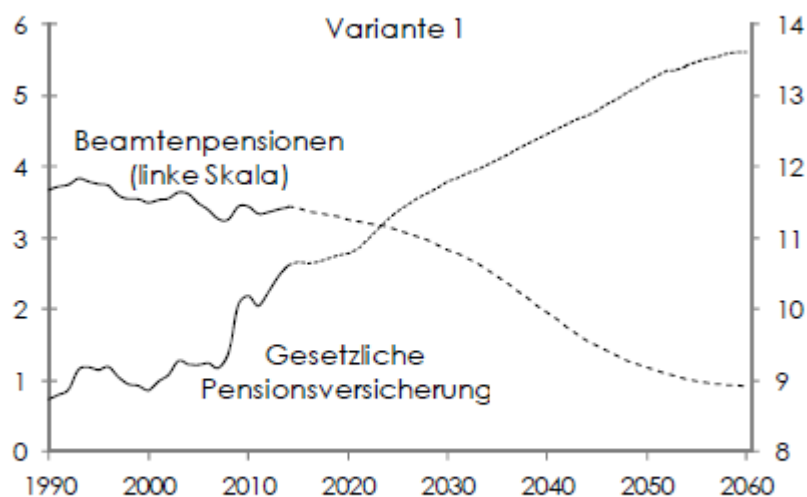


Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO. Die Abbildung für Variante 2 wird wegen der hohen Ähnlichkeit zu Variante 1 nicht zusätzlich ausgewiesen.



# STAATSAUSGABEN IV

## Öffentliche Ausgaben für Pensionen in % des BIP



Q: Statistik Austria, WIFO.



# STAATSAUSGABEN V

## Gesundheit

- Nicht-demografische Faktoren
  - Technologischer Fortschritt erhöht zwar Qualität der Versorgung, wirkt aber eher kostentreibend
  - Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen steigt mit Einkommen
  - Institutionelle Faktoren

Zwischen Bund und Länder vereinbarter Kostendämpfungspfad wird berücksichtigt

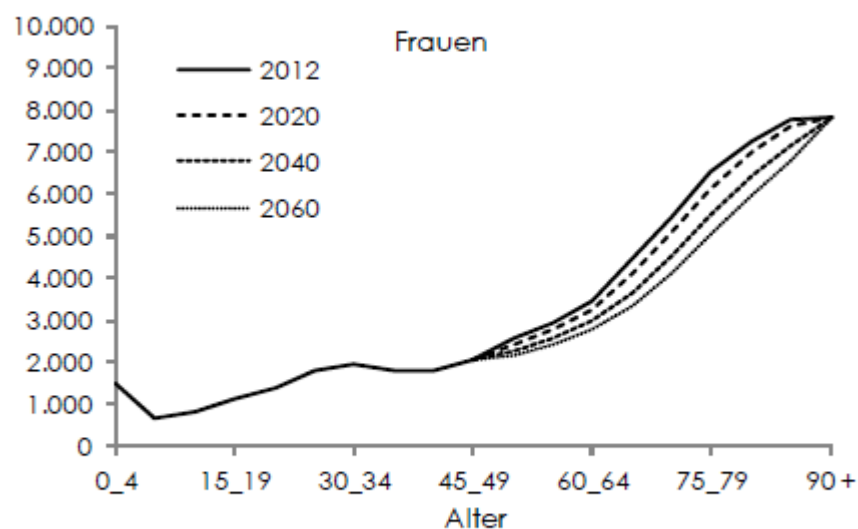
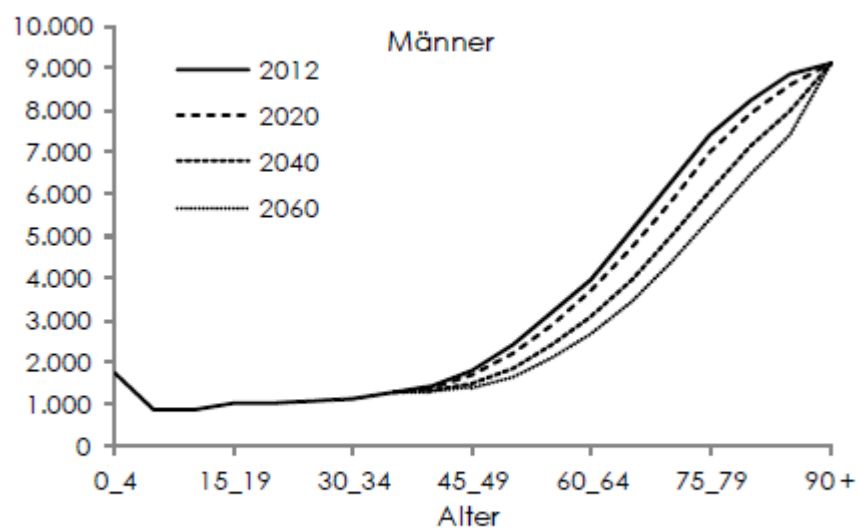
- Demografische Faktoren
  - Werden mittels altersabhängiger Ausgabenprofile ermittelt
  - Es wird angenommen, dass zusätzliche Lebenserwartung in Gesundheit verbracht wird



# STAATSAUSGABEN VI

## Altersprofile der Gesundheitsausgaben von Männern und Frauen

In Euro zu konstanten Preisen



Q: Cypionka et al. (2011), WIFO.



# STAATSAUSGABEN VII

## Pflege

- Ähnlich wie bei den Gesundheitsausgaben werden altersspezifische Ausgabenprofile erstellt.
- Annahme, dass höhere Lebenserwartung zu einer Verschiebung der Ausgabenprofile um den Zeitraum der Erhöhung führt.
- Geldleistungen (Pflegegeld)
  - Werden aus Plausibilitätsgründen mit der Inflation fortgeschrieben
  - Vollständige Inanspruchnahme der potentiellen BezieherInnen ab 2020
- Sachleistungen (v.a. professionelle Pflege)
  - Steigende Nachfrage nach professioneller Pflege als Folge der steigenden Erwerbsquote von Frauen
  - Kaum Produktivitätsfortschritt in diesem Sektor möglich



# STAATSAUSGABEN VIII

## Nicht-demografieabhängige Ausgaben

- Hoheitsverwaltung
- Innere und äußere Sicherheit
- Wirtschaftliche Angelegenheiten
- Schienenverkehr (ÖBB) und sonstiger Verkehr
- Umweltschutz
- Wohnungswesen und kommunale Gemeinschaftsdienste
- Freizeitgestaltung, Sport und Kultur
- Zinsen

Explizit modelliert, werden die Zinsausgaben.

Bei den Pro-Kopf Löhnen im öffentlichen Sektor wird derselbe Anstieg wie im privaten Sektor angenommen.

In den meisten Fällen Extrapolation mit nominellem BIP.



# HAUPTERGEBNISSE I

## Entwicklung der demografieabhängigen Ausgaben

<i>in % d. BIP</i>	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
<b>Variante 1</b>										
Pensionen	14,1	14,0	14,5	14,6	14,6	14,4	14,3	14,4	14,5	14,5
Gesundheit	7,3	7,4	7,7	7,9	8,1	8,4	8,7	9,0	9,2	9,3
Pflege	1,8	1,8	1,9	2,2	2,5	2,7	2,9	3,1	3,3	3,4
Bildung	5,0	4,8	4,8	4,9	4,9	4,9	4,8	4,8	4,9	4,9
Arbeitslosigkeit	1,6	1,7	1,6	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
Familienleistungen (FLAF)	2,0	1,8	1,7	1,6	1,5	1,4	1,4	1,3	1,3	1,2
<b>Demografieabhängige Ausgaben</b>	<b>31,8</b>	<b>31,6</b>	<b>32,3</b>	<b>32,7</b>	<b>32,9</b>	<b>33,2</b>	<b>33,5</b>	<b>34,0</b>	<b>34,4</b>	<b>34,7</b>
<b>Variante 2</b>										
Pensionen	14,1	14,1	14,6	14,9	15,1	15,0	14,9	14,9	14,8	14,8
Gesundheit	7,3	7,4	7,7	8,0	8,4	8,7	9,0	9,3	9,5	9,6
Pflege	1,8	1,8	1,9	2,1	2,3	2,5	2,7	2,9	3,1	3,1
Bildung	5,0	4,8	4,8	4,9	5,0	5,0	5,0	4,9	5,0	5,0
Arbeitslosigkeit	1,6	1,7	1,6	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
Familienleistungen (FLAF)	2,0	1,8	1,7	1,6	1,6	1,5	1,4	1,4	1,3	1,3
<b>Demografieabhängige Ausgaben</b>	<b>31,8</b>	<b>31,6</b>	<b>32,4</b>	<b>33,0</b>	<b>33,6</b>	<b>34,1</b>	<b>34,4</b>	<b>34,7</b>	<b>35,0</b>	<b>35,2</b>



# HAUPTERGEBNISSE II

## Entwicklung der öffentlichen Finanzen bis 2060

<i>in % des BIP</i>	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
<b>Demografieabhängige Ausgaben</b>										
Variante 1	31,8	31,6	32,3	32,7	32,9	33,2	33,5	34,0	34,4	34,7
Variante 2	31,8	31,6	32,4	33,0	33,6	34,1	34,4	34,7	35,0	35,2
Differenz in %-Punkten	0,0	0,0	-0,1	-0,3	-0,7	-0,9	-0,9	-0,7	-0,6	-0,5
<b>Nicht-demografieabhängige Ausgaben</b>										
Variante 1	19,9	18,0	18,2	18,0	17,6	17,3	17,0	16,8	16,7	16,6
Variante 2	19,9	18,0	18,3	18,1	17,9	17,7	17,6	17,6	17,6	17,7
Differenz in %-Punkten	0,0	0,0	-0,1	-0,1	-0,3	-0,4	-0,6	-0,8	-0,9	-1,1
<b>Gesamtausgaben Sektor Staat</b>										
Variante 1	51,7	49,6	50,5	50,7	50,5	50,4	50,5	50,8	51,1	51,3
Variante 2	51,7	49,6	50,7	51,2	51,5	51,8	52,0	52,3	52,6	52,9
Differenz in %-Punkten	0,0	0,0	-0,2	-0,5	-1,0	-1,4	-1,5	-1,5	-1,5	-1,6
<b>Gesamteinnahmen Sektor Staat</b>										
Variante 1	50,6	49,2	49,5	49,5	49,5	49,5	49,4	49,5	49,5	49,4
Variante 2	50,6	49,2	49,5	49,5	49,6	49,6	49,5	49,5	49,5	49,5
Differenz in %-Punkten	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,0	-0,1
<b>Maastricht-Saldo</b>										
Variante 1	-1,2	-0,4	-1,0	-1,2	-1,0	-1,0	-1,0	-1,4	-1,7	-1,9
Variante 2	-1,2	-0,4	-1,1	-1,6	-2,0	-2,3	-2,5	-2,8	-3,1	-3,4
Differenz in %-Punkten	0,0	0,0	0,1	0,4	1,0	1,3	1,5	1,4	1,4	1,5
<b>Schuldenquote</b>										
Variante 1	86,2	76,6	70,2	64,0	58,4	53,7	50,1	48,4	48,5	49,5
Variante 2	86,2	76,6	70,6	66,7	64,8	65,1	66,4	68,9	72,5	76,7
Differenz in %-Punkten	0,0	0,0	-0,4	-2,7	-6,4	-11,4	-16,3	-20,5	-24,0	-27,2





# SENSITIVITÄTSANALYSE I

Die Analyse von Risikoszenarien (Sensitivitätsanalyse) zeigt, dass die Ergebnisse teils erheblich auf abweichende Annahmen reagieren. Folgende Risikoszenarien wurden analysiert:

- Geringeres Produktivitätswachstum
  - Hauptvariante: MFP steigt von 0,3 % 2014 auf 0,7 % ab 2030 an
  - Risikoszenario: MFP verharrt bei 0,3 %, dadurch wäre die Wirtschaftsleistung 2060 um 30 % niedriger
- Geringere Migration
  - Hauptvariante: jährlicher Wanderungssaldo von durchschnittlich +28.225 Personen
  - Risikoszenario: jährlicher Wanderungssaldo von +22.160 Personen



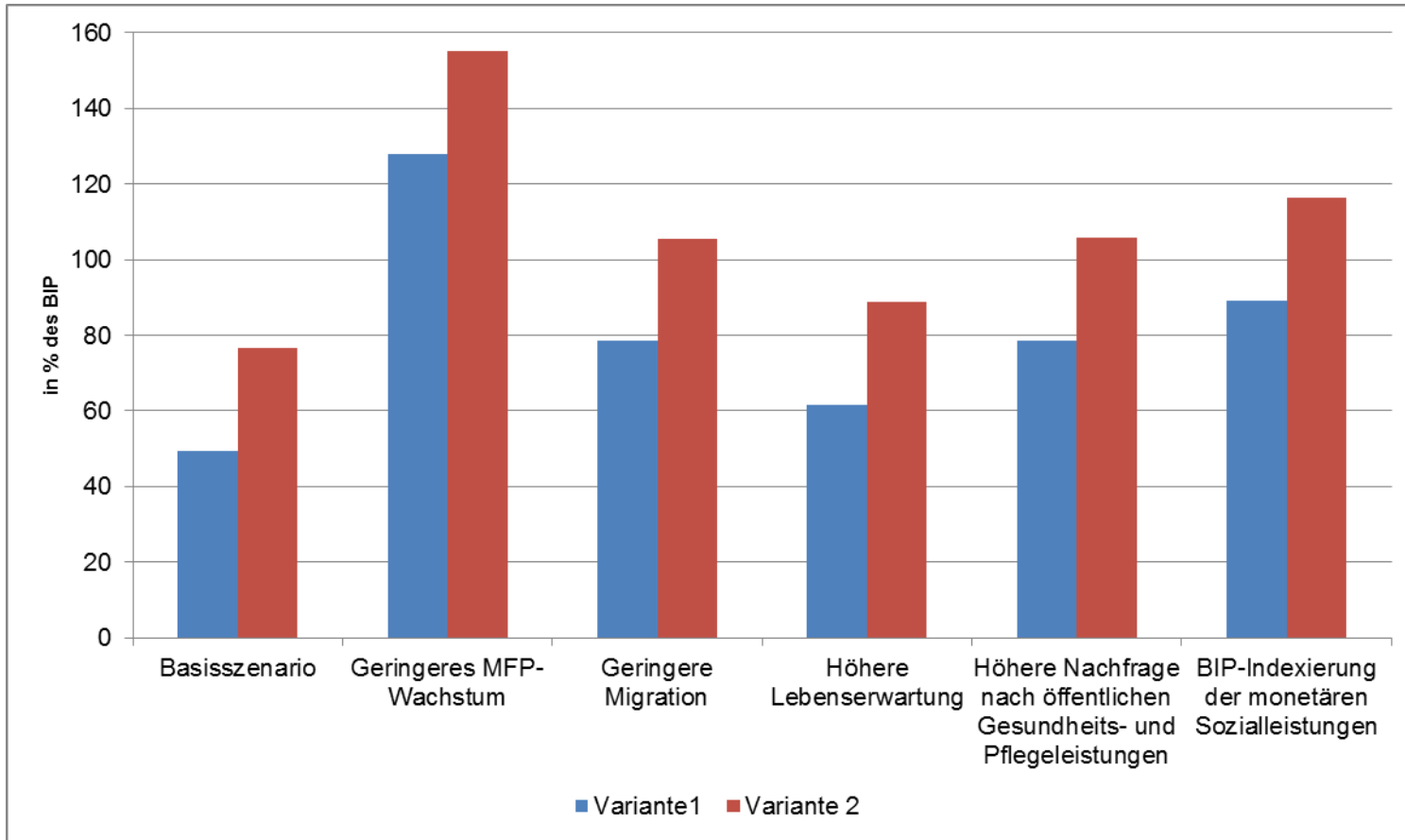
# SENSITIVITÄTSANALYSE II

- Höhere Lebenserwartung
  - Hauptvariante: Lebenserwartung steigt von 78,9 auf 87,3 Jahre bei Männern und von 83,7 auf 90,6 Jahre bei Frauen
  - Risikoszenario: Anstieg auf 89,6 bzw. 92,3 Jahre
- Höhere Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegeleistungen
  - Hauptvariante: Einkommenselastizität bei Gesundheits- und Pflegedienstleistungen 1,0 bzw. 1,3
  - Risikoszenario: Einkommenselastizität um jeweils 0,1 %-Punkte höher, d.h. Nachfrage nach diesen Dienstleistungen nimmt mit steigendem Einkommen stärker zu
- BIP-Indexierung der monetären Sozialleistungen
  - Hauptvariante: Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Pflegegeld etc. steigen mit der Inflationsrate
  - Risikoszenario: Anstieg mit nominellem BIP-Wachstum



# SENSITIVITÄTSANALYSE III

Risikoszenarien: Schuldenquote in % des BIP im Jahr 2060



# NUTZEN UND AUSSAGEKRAFT VON LANGFRISTIGEN BUDGETPROGNOSEN



# NUTZEN VON LANGFRISTPROGNOSEN

- Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die öffentlichen Finanzen werden sichtbar gemacht
- Ergebnisse können als Frühwarnsystem für die Politik betrachtet werden, da sie rechtzeitig auf mögliche Ungleichgewichte in der Ausgabenentwicklung hinweisen
- Ein solcher Blick in die Zukunft ist nützlich, da viele staatliche Verpflichtungen weit in die Zukunft reichen und ein allenfalls erforderliches Gegensteuern häufig einer erheblichen Vorlaufzeit bedarf
- Sensitivitätsanalysen verdeutlichen die Bedeutung bestimmter Größen (z.B. Produktivitätswachstum, Erwerbsbeteiligung) → dadurch wird ein breiteres Spektrum an möglichen Handlungsoptionen aufgezeigt
  - Reformen in den jeweiligen Ausgabenbereichen selbst
  - Beschäftigungs- oder produktivitätsfördernde Maßnahmen
- Evaluierung von Reformszenarien im Hinblick auf langfristige budgetäre Effekte (nicht Bestandteil des BMF-Berichts)



# AUSSAGEKRAFT FÜR POLITISCHE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN I

Dennoch stellt sich die Frage, inwieweit die Ergebnisse für politische Handlungsempfehlungen herangezogen werden sollen.

Beispiel anhand des erwarteten Kostenanstiegs im Gesundheitsbereich:

- Kann daraus die Schlussfolgerung getroffen werden, dass in diesem Bereich kostensenkende Reformen durchzuführen sind?
- Beispielsweise kann ein Ausgabenwachstum aufgrund von technologischen Neuerungen (z.B. bessere Geräte, neue Medikamente) zu besseren Behandlungsergebnissen führen und daher einen positiven Nutzen für die Gesellschaft bewirken
- Letztendlich stellt sich die Frage, ob sich eine Gesellschaft die zu erwartenden Kostensteigerungen leisten möchte und wenn ja, ob diese mit höheren Steuern, mit öffentlicher Verschuldung oder mit Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen finanziert werden sollen
- Rein effizienzsteigernde Reformen sind grundsätzlich immer zu begrüßen



# AUSSAGEKRAFT FÜR POLITISCHE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN II

Die Defizit- und Schuldenentwicklung per se sollte keine Zielfunktion der Politik sein, sondern sollte als eine Art Nebenbedingung betrachtet werden

- In der Wohlfahrtsökonomie ist die Zielfunktion die soziale Wohlfahrt einer Gesellschaft, die unter Berücksichtigung einer Budgetbeschränkung maximiert wird.
- Weitere Aspekte (z.B. Verteilungswirkungen, Wohlfahrtsaspekte) sollten in die Beurteilung miteinbezogen werden.

Für politische Schlussfolgerungen ist ein isolierter Blick auf die Defizitentwicklung daher problematisch

- Die Antwort nach der optimalen Höhe und der optimalen Struktur der staatlichen Einnahmen und Ausgaben kann mit Hilfe von langfristigen Budgetprognosen nicht beantwortet werden. Dies ist letztlich eine politische Entscheidung.
- Langfristige Budgetprognosen können auf Ungleichgewichte in der Ausgabenentwicklung hinweisen, wie darauf reagiert werden soll, kann damit allerdings nicht beantwortet werden.



# DANKE FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT

## Kontaktdaten:

Mag. Paul Eckerstorfer, PhD  
Budgetdienst

Tel.: +43 1 401 10-2928

Mobil: +43 676 8900-2928

E-Mail: [paul.eckerstorfer@parlament.gv.at](mailto:paul.eckerstorfer@parlament.gv.at)

Sekretariat des Budgetdienstes

Tel.: +43 1 401 10-2898

Mobil: +43 676 8900-2898

E-Mail: [budgetdienst@parlament.gv.at](mailto:budgetdienst@parlament.gv.at)

